



**ÖDP – Stadtratsfraktion**  
Rathaus - Rückermainstr. 2  
97070 Würzburg  
☎ 09 31 / 37 - 36 89  
Zimmer 144  
✉ [oadp-fraktion@stadt.wuerzburg.de](mailto:oadp-fraktion@stadt.wuerzburg.de)

Würzburg, 22.02.2025

## Pressemitteilung

### **ÖDP-Stadtratsfraktion lehnt das Bergwerksvorhaben der Firma Knauf entschieden ab**

Brauch es eine Sondersitzung des Stadtrates zum Thema „Bergwerksvorhaben der Fa. Knauf“? „Ich sehe derzeit keinen Bedarf für eine Sondersitzung, da uns die vorliegenden Informationen der Verwaltung sowie die ausstehenden Gutachten und Stellungnahmen ausreichend informieren“ sagt Raimund Binder, Fraktionsvorsitzender der ÖDP im letzten Planungs-Umwelt- und Mobilitätsausschuss dazu. Dennoch wurde nunmehr eine außerplanmäßige Sitzung des Stadtrates am 27.02.2025 anberaumt.

Die Stellungnahme der Stadt Würzburg wurde bereits im PUMA-Ausschuss behandelt. Das Fazit ist eindeutig: „Laut Rechtsprechung besteht eine ‚entfernte Wahrscheinlichkeit einer Gefährdung‘. Da diese nicht ausgeschlossen werden kann, darf das Bergwerk nicht genehmigt werden“ berichtet Binder und bezieht sich hierbei auf ein Urteil des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes.

„Es wäre wünschenswert gewesen, das Thema früher im Stadtrat zu behandeln. Allerdings war die Verwaltung, insbesondere die

Trinkwasserversorgung (TWV), in einen rechtlichen Prozess mit den Knauf-Werken involviert, der unerwartet einseitig beendet wurde“ bedauert der Stadtrat.

Unabhängig davon hätten Stadträtinnen und Stadträte über Medienberichte in der Main-Post, durch den Bund Naturschutz und Bürgerinitiativen genügend Gelegenheit gehabt, sich über das Vorhaben zu informieren. Eine Wissenslücke habe demnach nicht bestanden.

„Wir lehnen als ÖDP das Bergwerksvorhaben entschieden ab“.

Die wichtigsten Gründe sind laut Binder:

- Die Prämissen des Wasserwirtschaftsamtes für eine Genehmigung wurden nicht geprüft.
- Die Berechnungen zu den Durchlässigkeitswerten beruhen auf einem Mittelwert, der nicht angemessen ist.
- Ein Restrisiko besteht und kann nicht ausgeschlossen werden. Allein aus Vorsorgegründen ist ein Verbot zwingend.
- Die Quellschüttung ist bereits um 10 % reduziert. Weitere Einschränkungen sind untragbar – selbst eine potenzielle Gefährdung ist nicht akzeptabel.
- Die Grundwasserneubildung wird durch den Klimawandel erheblich beeinträchtigt und ist schlechter als im Gutachten von Knauf angenommen.
- Der inhomogene Untergrund aus Karstgestein birgt ein nicht vertretbares Risiko.

„Wir setzen uns weiterhin mit Nachdruck für den Schutz unseres Trinkwassers ein und fordern daher eine konsequente Ablehnung des Bergwerksvorhabens durch die zuständigen Behörden“, fordert Binder. Auch ein Verwaltungsgerichtshof-Urteil habe schließlich betont, dass selbst die

„entfernte Wahrscheinlichkeit einer Gefährdung“ einer Bergwerks-Genehmigung entgegensteht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Raimund Binder

ÖDP-Fraktionsvorsitzender